Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Postverlagsort: Bocholt.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 1054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Walfing. Werth: Th. Parras.

Postversandort: Dortmund.

Nummer 18 | Dienstag, den 19. Januar 1932 | Jahrgang 1932

Dunkel über Lausanne.

Scharfe Nervenprobe.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 18. Januar (Drahtb.)

Die außenpolitische Lage ist völlig festgefahren. Es machen sich keine Anzeichen bemerkbar, daß die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien wegen eines gemeinsamen Vorgehens auf der Reparationskonferenz vor Beginn der Tagung zu einem Ergebnis führen könnten. Der warnende Ruf der Baseler Sachverständigen an die Gläubiger Deutschlands, sie sollten sofort handeln und zwar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ist an tauben Ohren abgeprallt.

Der Streit der beteiligten Regierungen dreht sich um die Frage, ob es zu einer kürzeren Vertagung oder zu einer endgültigen Aufgabe der Reparationskonferenz kommen soll. Englische zuständige Stellen deuten unzweideutig an, daß

die ganze Lausanner Konferenz überhaupt fallen gelassen

werden soll, wenn Frankreich dem Zusammentritt am 25. Januar nicht zustimmen oder sonstige Schwierigkeiten machen sollte. Es wird zwar ausdrücklich versichert, daß hierüber noch keine Entscheidung gefallen ist. Die Tendenz für einen solchen Beschluß ist aber unzweifelhaft vorhanden. Sollte dieser Fall eintreten, so soll versucht werden, entweder bei dem Zusammentreffen der Außenminister in Genf oder auf dem üblichen diplomatischen Wege zu einer Einigung über die Verlängerung des Moratoriums für Deutschland auf die Dauer von etwa sechs Monaten nach dem 1. Juli zu kommen. Inzwischen wartet man in London ab,

welche Entscheidung die französische Regierung in der Kammersitzung am Dienstag treffen wird.

Die englischen Behörden setzen ihre Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz in der Annahme fort, daß diese am 25. Januar stattfinden wird.

Von der deutschen These, daß auf der bevorstehenden Reparationskonferenz das Reparationsproblem endgültig und zwar durch Streichung der Reparationen gelöst werden soll, ist weder in London noch in Paris die Rede. In London finden in den nächsten Tagen mehrere Kabinettssitzungen statt, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage befassen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß es am Mittwoch zu endgültigen Beschlüssen kommt.

In Frankreich wird die Stimmung immer lebhafter, die sich für eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit und gegen Konzessionen an Deutschland ausspricht.

In Paris wird die Auffassung vertreten, zuerst müsse Amerika die Kriegsschulden streichen, bevor ernsthaft die Frage der deutschen Reparationen gelöst werden könne. Diese Auffassung wird in Washington

als aussichtsloser Fühler abgelehnt.

Im Staatsdepartement wurde heute erneut auf das Hoover-Laval-Kommuniqué hingewiesen, das klar zum Ausdruck gebracht habe, daß die nächste Initiative von Europa und zwar im Rahmen der Schuldenabkommen erfolgen müsse. Bisher habe Europa diese Initiative nicht ergriffen.

Einzig und allein kommen

aus Italien Stimmen, die sich mit erfrischender Schärfe für die deutsche These einsetzen.

Es ist voraussichtlich damit zu rechnen, daß die Konferenz trotz aller Quertreibereien am 25. Januar in Lausanne beginnt. Allerdings wird sie nach allem, was bisher verlautet, nur wenige Tage dauern und dann auf einen späteren Termin vertagt werden. Ob alle maßgebenden Staatsmännern auf der Konferenz anwesend sein werden, steht noch dahin. So bringt z. B. die „Sunday Times" die überraschende Meldung, daß

die Anwesenheit des englischen Premierministers MacDonald in Lausanne unwahrscheinlich

sei. Der politische Korrespondent des „Daily Herald" erfährt, daß Mussolini an der Lausanner Konferenz teilnehmen würde, falls MacDonald auch zugegen wäre. Mussolini betrachte die Reparationskonferen als wichtiger für die Zukunft der Welt als die Abrüstungskonferenz, weil erst ein erfolgreicher Abschluß jener Konferenz die Lösung des Abrüstungsproblems ermöglichen würde. Diese Ansicht werde auch von MacDonald geteilt.

Die nächsten Wochen werden die Nerven des deutschen Volkes auf eine scharfe Probe stellen.

Irgendwelchen Illusionen dürfen wir uns nicht hingeben.

Nach den Aeußerungen unserer führenden Staatsmänner, besonders des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich, ist damit zu rechnen, daß von deutscher Seite aus irgendwelchen Halbheiten in Lausanne nicht zugestimmt wird. Kompromisse sind weder für die Mentalität des deutschen Volkes noch für die deutsche Wirtschaft tragbar. Ein dritter Reparationsplan ist für jede deutsche Regierung unannehmbar.

*

Keine Ueberreichung eines deutschen Memorandums in Paris.

○ **Paris**, 18. Januar.

In einer Meldung aus Berlin wird behauptet, Botschafter von Hoesch habe bei seiner Unterredung am Sonnabend Laval ein Memorandum überreicht, in dem die finanzielle Rechtfertigung der Erklärungen des Reichskanzlers an den britischen und französischen Botschafter enthalten gewesen sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß ein derartiges Memorandum nicht überreicht wurde und daß es deshalb müßig ist, wenn einige französische Blätter gewisse Kombinationen daran knüpfen. — von Hoesch hatte heute erneut eine Unterhaltung mit Ministerpräsident Laval, die der Vorbereitung der Lausanner Konferenz diente.

*

Warnung vor Vertagung.

◆ **Paris**, 18. Januar.

„Echo de Paris" wendet sich heute nochmals gegen die Anregung, die Reparationskonferenz zu vertagen und schreibt, wenn man nicht nach Lausanne gehe, lasse man die Zeit gegen Frankreich arbeiten. Das Hoovermoratorium mit all den Schutzklauseln, die Frankreich mühselig hineingebracht habe, werde dann verschwinden, das heißt, die Reparationszahlungen würden erledigt sein. Dem Einwand, daß man in Lausanne nicht den Hauptgläubiger und den Schuldner auseinandersprallen lassen dürfe, weil damit auch die Gläubiger unter sich aneinander geraten könnten, sei entgegenzuhalten, daß Frankreich in Lausanne Gelegenheit finden werde, seinen Willen, die Reparationen beizubehalten, zum Ausdruck zu bringen. Wenn der deutsche Schuldner und die Gläubiger, die ihn etwa unterstützen sollten, dies spüren würden, daß Frankreich Schluß zu machen drohe, würden sie sich dies angesichts der sich daraus für Europa ergebenden Folgen vielleicht zweimal überlegen. (Europa ist Frankreich Hekuba. D. R.)

Gewiß sei derartiges nicht erfreulich und nicht gefahrlos, da aber Frankreich nur der rechtmäßige Vertrag vom 16. Februar 1930 übrig bleibe, müsse es entweder zu derartigen Druckmitteln greifen oder alles fallen lassen.

*

Die italienische Presse fordert radikale Lösung.

◇ **Rom**, 18. Januar.

Die römische Presse unterstreicht heute wieder die Notwendigkeit einer radikalen Lösung des Reparationsproblems. „Tevere" meint, man müsse endlich aus der Kriegspsychose heraus, unter der mehr oder weniger noch alle leiden. Wie die berüchtigten Kriegsverbrecherlisten in den Papierkorb gewandert seien, so müsse auch mit dem Widersinn der verhängnisvollen Schuldenverrechnung Schluß gemacht werden. „Tribuna" erklärt, man könne aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Zustand der Gegenwart nicht herauskommen, ohne die Streichung der unsinnigen Kriegsschulden und Reparationen. Die italienische These wolle endlich Schluß machen mit den diplomatischen Nachkriegsmethoden. Das Problem gehe nicht mehr darum, ob, wann, wie der Youngplan oder ein kurzlebiger neuer Reparationsplan aufgestellt werden soll; das Problem laute ganz einfach auf Streichung der Schulden und Reparationen.

*

Keine Besorgnis vor französischen Druckmaßnahmen in New-York.

♥ **London**, 18. Januar.

Die Newyorker Bankkreise zeigen, wie „Exchange Telegraph" aus Newyork meldet, wenig Besorgnis über die in Europa verbreitete Behauptung, daß Frankreich durch Abziehen seiner amerikanischen Guthaben einen Druck auf Amerika ausüben wolle, um ein Nachgeben in der Kriegsschuldenfrage zu erreichen. Es bestehe die Ansicht, daß sich der Kongreß, der allein die Entscheidung in dieser Frage fällen könne, durch Machenschaften, die sich gegen den amerikanischen Geldmarkt richteten, nicht beeinflussen lassen werde. Maßgebende Persönlichkeiten der Wallstreet äußerten sich dahin, daß französische Abzüge, selbst wenn sie den gleichen Umfang wie im Oktober annehmen sollten, die Stellung des Dollars nicht wesentlich schwächen könnten.

Keine Schlacht- und keine Reichsfleischsteuer.

Um das preußische Defizit.

○ **Berlin**, 18. Januar.

Wie das WTB-Büro meldet, hofft man in preußischen Regierungskreisen, den über 100 Millionen hinausgehenden Fehlbetrag am Etat für 1932, also 67 Millionen, die sogenannte Spitze des Defizits, durch weitere Abstriche und Korrekturen an den Schätzungen der Steuereinnahmen ausgleichen zu können. Dagegen fehle bisher noch jeder konkrete Plan für die Abdeckung des Grundbetrages des Defizits von 100 Millionen Reichsmark. Die Idee, eine Schlachtsteuer in Preußen einzuführen, stößt, wie das WTB-Büro weiter erfährt, auch in weiteren Kreisen der Regierungsparteien auf erheblichen Widerstand. Anträge gegen die Schlachtsteuer, die heute im Hauptausschuß des Landtages beraten werden sollten, wurden auf Wunsch der Rgierungsparteien abgesetzt, weil noch heute der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien über die Schlachtsteuer und die übrigen Finanzierungspläne der Regierung beraten sollte. In preußischen parlamentarischen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, daß eventuell mit einer Reichsfleischsteuer zu rechnen sei. Hierzu wird dem WTB-Büro im Reichsfinanzministerium gesagt, daß von einer derartigen Absicht der Reichsregierung keine Rede sein könne. Reichskanzler Brüning habe dem preußischen Finanzminister Klepper ausdrücklich gesagt, daß neue Steuern vom Reich aus nicht eingeführt werden sollten. In unverbindlichen Referentengesprächen im Reichsfinanzministerium sei einmal erörtert worden, daß es nicht zweckmäßig wäre, in einzelnen Ländern des Reichsgebietes Schlachtsteuer-Oasen einzuführen, und daß man dann eher den Gedanken einer Reichsfleischsteuer debattieren solle. Aber von irgend einer Vorlage hierüber könne aus den dargelegten Gründen nicht die Rede sein. In Kreisen der preußischen Regierungsparteien hält man es für möglich, daß der Haushalt dennoch mit einem Fehlbetrag den alten Landtag zugeleitet wird, sodaß das neue Parlament versuchen müßte das Defizit zu decken.

*

Preußenetat Anfang Februar?

⊙ **Berlin**, 18. Januar.

Wie das WTB-Büro meldet, hat der interfraktionelle Ausschuß der preußischen Regierungsparteien am Montag nachmittag in Gegenwart des Staatssekretärs Weißmann vom Staatsministerium, sowie des Innenministers Severing und des Finanzministers Klöpper über die Schwierigkeiten des Ausgleichs des Haushaltsplanes 1932 beraten. Von einer Beschlußfassung mußte abgesehen werden, weil die Verhandlungen mit dem Reich noch nicht abgeschlossen sind. Einmütig wurde von den Regierungsparteien die Einführung einer neuen Steuer im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt, andererseits aber von ihnen, wie von der Regierung, die Notwendigkeit unterstrichen, einen ausgeglichenen Haushaltsplan zur parlamentarischen Erledigung vorzulegen.

Der Preußische Landtag wird von morgen, Dienstag, bis einschließlich Donnerstag kleine Vorlagen erledigen und sich dann auf Anfang Februar vertagen, in der Hoffnung, zu diesem Zeitpunkt den preußischen Etat verhandeln zu können.

*

Agrarbeschlüsse des Reichskabinetts.

⊙ **Berlin**, 18. Januar.

Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung am Montag ausführlich mit der Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft beschäftigt und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Die Einzelheiten werden, wie verlautet, voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages veröffentlicht werden.

*

Holländische Abwehrmaßnahmen gegen die Erhöhung des deutschen Butterzolls.

Amsterdam, 18. Januar.

Auf die Nachrichten über eine geplante Erhöhung des deutschen Butterzolls ist der Ausschuß zur Wahrung der Wirtschaftsinteressen des holländischen Land- und Gartenbaues zu einer Sitzung zusammengetreten, auf der Abwehrmaßnahmen beschlossen wurden. Der Ausschuß hat sich auf Grund der Beschlüsse mit dem deutschen Einfuhrhandel in Verbindung gesetzt.

Tagesfragen.

Die Opposition um jeden Preis.

Die von Hitler in seinem höflichen Absagebrief an den Reichskanzler angekündigte „eingehende Darlegung" der „verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe", die die NSDAP zur Ablehnung einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag veranlaßt haben, kann man nunmehr zur Kenntnis nehmen. Es handelt sich um ein von Anfang bis zu Ende rein parteipolitisch aufgezogenes Schriftstück, das sich nicht über das Niveau des Hugenberg'schen Briefes an den Reichskanzler erhebt. Es scheint geschrieben zu sein, um Brüning und der Oeffentlichkeit, was er und sie längst schon wissen, noch einmal zu sagen, nämlich daß die „nationale Opposition" das Kabinett Brüning um jeden Preis, selbst in einer Situation, die ein einiges deutsches Volk hinter der die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen ablehnenden Reichsregierung erfordert, bekämpft und ihr in unerbittlicher Feindschaft gegenübersteht. Auch ist es keine neue Offenbarung mehr, daß die Nationalsozialisten auf die Neuwahl des Reichstages versessen sind, obwohl sie bei keiner der verschiedenen Wahlen der letzten Zeit in irgend einem deutschen Lande mit den übrigen Harzburgern zusammen so viel Stimmen erhalten haben, daß sie dort eine Regierung nach ihrem Geschmack zu bilden vermögen. Nicht uninteressant ist es, daß Hitler seine verfassungsrechtlichen Bedenken zurückzustellen bereit wäre, wenn vorher der Reichstag neugewählt würde. Da die Reichsregierung amtlich angekündigt hat, daß sie die Ausführungen des nationalsozialistischen Parteiführers öffentlich beantworten wird, können wir uns ein weiteres Eingehen auf diese enttäuschende Denkschrift heute sparen. In die Kerbe Hugenbergs und Hitlers haben in diesen Tagen auch zwei Männer von der Deutschen Volkspartei gehauen. Der eine war der Reichstagsabgeordnete Schmid, ein Mann, von dem man weiß, daß er auf dem rechten Flügel seiner Partei steht und deren Führung schon zu Stresemanns Zeiten immer wieder Schwierigkeiten zu bereiten trachtete. Wie er hielt es auch der Geschäftsführer des Langnam-Vereins Dr. Schlenker, der dem Vorstand der Deutschen Volkspartei angehört, für geboten, den Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Brüning zu fordern. Er benutzte dazu eine von seiner Partei in Düsseldorf veranstaltete Reichsgründungsfeier. Brüning, so erklärte er, versperre mit seiner Person rettungslos den Weg, der die nationale Mehrheit (die es im Sinne des Redners wohlgemerkt noch keineswegs gibt) zum Reichspräsidenten ziehe. Für jeden Einsichtigen habe der Brief Hugenbergs genau so geschrieben werden müssen, wie er geschrieben worden sei, und es sei zu bedauern, daß der Führer der Deutschen Volkspartei nicht einen ähnlichen Brief geschrieben habe. Am selben Tage, an dem Schlenker diese Worte in Düsseldorf sprach, hielt der Parteiführer Dingeldey in Frankfurt a. O. eine Rede, in der er erklärte, der Standpunkt des Reichskanzlers, der dem Ausland die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen dargelegt habe, verdiene volle Zustimmung und es hätte eine Selbstverständlichkeit sein müssen, den Willen zum Widerstand auch dadurch erkennbar werden zu lassen, daß man sich ohne Zögern über die Wiederwahl des Reichspräsidenten verständigte. Vom Brief Hugenbergs an den Reichskanzler meinte Dingeldey bedauernd, er habe leider einen einseitigen parteipolitischen Charakter getragen. Man sieht, wie heute die Meinungen in der Deutschen Volkspartei auseinandergehen. Was der Parteiführer verurteilt, das finden andere Kreise dieser Partei wunderbar. „In der heutigen Lage, wo Deutschland unter dem erneuten Druck des französischen Reparationsgläubigers liegt, gegen den Brüning mit Festigkeit und nicht ohne Erfolg ankämpft", hofft die der Deutschen Volkspartei nahestehende „Kölnische Zeitung" trotz all dieser Verworrenheit zwar noch, „daß eine Klärung im Sinne der Abkehr von parteipolitischer Betrachtungsweise erfolgt." Wir geben bei dem fanatischen Haß, mit dem man den Reichskanzler und die Regierung selbst dann bekämpft, wenn sie mit dem Auslande um deutsche Lebensinteressen ringen, diese Hoffnung auf. Mit Politikern, die einen Wutanfall bekommen, wenn die Regierung einen Standpunkt einnimmt, den sie selber im Grunde ihres Herzens teilen, kann man nicht zu der wahrhaft nationalen Losung vom 1. August 1914 kommen, daß es in einer Stunde schwerster Not des Vaterlandes keine Parteien mehr geben soll, sondern nur noch

Haltlose Gerüchte über die Kassenlage des Reiches.

(:) **Berlin**, 18. Januar.

Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß infolge ungünstiger Kassenlage des Reiches beabsichtigt sei, die Gehälter der Reichsbeamten zu kürzen oder nicht voll auszuzahlen. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Es schweben in der Reichsregierung keinerlei Erwägungen in dieser Richtung.

Deutsche. Die Bayrische Volkspartei-Korrespondenz bemerkt zu der Denkschrift Hitlers an den Reichskanzler: Hätte man in den letzten drei Jahren nur Außenpolitik im Stile Hitlers getrieben, so säßen die Franzosen noch heute am Rhein. Das ist auch unsere Ueberzeugung. Wie die Dinge liegen, kann es im übrigen aus der Beurteilung der politischen Lage, wie wir sie sehen, nur die eine Forderung geben, daß der Reichskanzler konsequent und unbeirrt seinen Weg weiter geht. Dem leidenschaftlichen Kampf der „nationalen Opposition" kann nur mit der gleichen Härte begegnet werden, die ihre Parteien in den innenpolitischen Auseinandersetzungen für angebracht halten.

★

Fürst Salm-Horstmar berichtigt.

Vom Fürsten zu Salm-Horstmar geht uns zu folgendem Satz unserer Bemerkungen über „Die mißglückte Hatz" gegen Reichskanzler Dr. Brüning (Tagesfragen vom 16. Januar) eine „Berichtigung" zu: „Es mag dahingestellt bleiben, ob der Fürst Salm-Horstmar damals allein derjenige gewesen ist, der dafür gesorgt hat, daß dem Reichspräsidenten nach Dietramszell Tag für Tag ein Waschkorb voll Briefe und zu seinem Geburtstage gleich mehrere Waschkörbe voll Briefe geschickt wurden, in denen man ihn aus besorgtem evangelischen Herzen beschwor, Deutschland von der römisch-katholischen Regierung Brüning zu befreien." Fürst Salm-Horstmar hat bekanntlich im vergangenen Jahre zunächst selber versucht, den Reichspräsidenten gegen den Reichskanzler Dr. Brüning einzunehmen. Als ihm das nicht gelang, hat er durch ein Rundschreiben Hunderte von Persönlichkeiten aufgefordert, sie sollten sich an den Reichspräsidenten wenden und ihm klarzumachen versuchen, daß Dr. Brüning nicht der geeignete Mann zur Führung der Reichsgeschäfte sei. An diese damals vom Fürsten Salm-Horstmar nicht geleugnete und durch die Veröffentlichung des Wortlauts seines Rundschreibens bewiesene Aktion erinnerte der oben zitierte Satz, an dem jener jetzt Anstoß genommen hat. Die Berichtigung, um deren Aufnahme er auf Grund des § 11 des Pressegesetzes bittet, entspricht zwar den Anforderungen dieses § 11 keineswegs. Gleichwohl sei sie hier wiedergegeben. Der Fürst schreibt:

„Durch das Wort allein muß der Eindruck erweckt werden, als ob ich zum mindesten bei der Belieferung des Herrn Reichspräsidenten mit Waschkörben von Briefen beteiligt gewesen wäre, „in denen man ihn aus besorgtem evangelischen Herzen beschwor, Deutschland von der römisch-katholischen Regierung zu befreien". Ich stelle demgegenüber fest: 1. Ich bin an den „Waschkörben voll Briefen", die Tag für Tag nach Dietramszell an den Herrn Reichspräsidenten gesandt sein sollen, nicht beteiligt gewesen, wenigstens sind nur zwei Briefe darunter gewesen, die ich dorthin geschickt habe. 2. Ich bin an den „mehreren Waschkörben" zum Geburtstage des Herrn Reichspräsidenten ebenfalls nicht beteiligt gewesen, da ich dem Herrn Reichspräsidenten überhaupt nicht zu seinem Geburtstage geschrieben habe. 3. Daß in den mir bekannten Briefen weder von einem „besorgten evangelischen Herzen" noch „von der römisch-katholischen Regierung Brüning" die Rede gewesen ist."

Daß der Reichspräsident in Dietramszell mit Waschkörben voll Briefen gegen Brüning und sein erstes Kabinett bestürmt worden ist, wissen wir aus ganz einwandfreier Quelle. Auch schon vorher, als Hindenburg noch in Berlin war, hatten sich Berge von Briefen und Telegrammen bei ihm gehäuft, in denen man bei ihm den Zweifel an dem Kanzler zu nähren suchte und betonte, die Regierung habe zu sehr den Charakter einer Zentrumsdiktatur und es fehlten ihr bewährte Führer der Wirtschaft. Unter den Briefen, die in Dietramszell eingelaufen sind, waren jedenfalls denn auch außerordentlich viele, in denen leider das konfessionelle Moment eine Rolle spielte. Nach der obigen Erklärung des Fürsten Salm-Horstmar wird man davon Vermerk nehmen, daß in den beiden Briefen, die er nach Dietramszell gesandt hat, die Worte vom „besorgten evangelischen Herzen" und „von der römisch-katholischen Regierung Brüning" nicht vorgekommen sind. Dies ist auch von uns nicht behauptet worden. Daß er sich in besonderem Maße darum bemüht hat, den Reichspräsidenten gegen Brüning zu bearbeiten, und zwar nicht nur direkt, sondern auch hintenherum durch seine Rundschreiben, bestreitet der Fürst im übrigen auch jetzt nicht. Aber es gibt, wie ja auch er wohl nicht leugnen wird, nun einmal Leute, die auf Anregungen plumper reagieren, als man es von ihnen wünscht. Und in diesem Sinne lassen wir es ausdrücklich noch einmal dahingestellt, ob der Fürst Salm-Horstmar allein derjenige gewesen ist, der den Brief- und Telegrammsturm an den Reichspräsidenten gegen den Reichskanzler und die „Zentrumsdiktatur" in die Wege geleitet hat. Daß der Fürst den Reichspräsidenten während seiner Urlaubswochen in Dietramszell selber mit zwei Briefen bedacht hat, war uns bisher nicht bekannt, es beweist aber die Rührigkeit, die er in dieser Angelegenheit entwickelt hat.

★

Nientimps Freispruch.

In der Revisionsinstanz ist der frühere Reichstagsabg. Nientimp samt dem Mitangeklagten Hundertmark freigesprochen worden. Es wird wohl niemanden außer den Angeklagten geben, der durch diesen Freispruch angenehm überrascht worden wäre. Wir teilen durchaus das Kopfschütteln, daß er bei allen Leuten hat hervorrufen müssen, die den Prozeß verfolgt haben. Die Unschuld Nientimps ist nicht nachgewiesen worden. In der Begründung des Revisionsurteils wird vielmehr ausdrücklich betont, daß „schwerer Verdacht" auf den Angeklagten bleibt, und der Freispruch erfolgte „trotz mancher Verdachtsmomente". Von einer Rehabilitation Nientimps durch das neue Urteil kann also keine Rede sein. Er braucht zwar die 1000 RM. Geldstrafe nicht zu zahlen, zu der er in der ersten Instanz verurteilt worden war, aber die moralische Verurteilung bleibt auch nach dem Freispruch. Man muß dies betonen, weil Nientimp im politischen und wirtschaftlichen Leben eine Rolle gespielt und das Vertrauen seiner Wähler durch die ganze Art, in der er Politik und Geschäft vermischte, und durch seine Anschauungen über die Geschäfte, aus denen er sein reguläres Einkommen als Syndikus vermehrte, in schlimmster Weise enttäuscht hat. Im übrigen haben wir auch nach dem Freispruch nichts von dem zurückzunehmen, was wir nach dem ersten Urteil an dieser Stelle leider sagen mußten.

Der 61. Jahrestag der Reichsgründung.

Rede des Reichsinnenministers Dr. Groener.

:: **Berlin**, 18. Januar.

Zum Gedenken der heute vor 61 Jahren erfolgten Gründung des Deutschen Reiches wurde heute abend durch den deutschen Rundfunk eine feierliche Veranstaltung übermittelt.

Zunächst spielte das Funkorchester unter dem Dirigenten Seidler-Winkler die Leonoren-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven. Danach ergriff Reichsinnenminister Dr. Groener das Wort.

Wiederum, so erklärte der Minister u. a. kämpft das deutsche Volk um seine Rettung aus tiefer Not, um seinen Wiederaufstieg als große Nation. Dabei stehen weniger die materiellen Güter auf dem Spiele, als vielmehr die geistigen und moralischen Kräfte. Eine geistige Wiedergeburt kam nicht von ungefähr und nicht von außen. Die Wurzeln dieser Erneuerung liegen in der Vergangenheit. In der Pflege der geistigen Errungenschaften unseres Volkes liegt die Voraussetzung für unsere Rettung und für den nationalen Wiederaufstieg.

Der Redner erinnerte an die am 18. Januar 1871 erfolgte Vollendung der Neugründung des Reiches. Zwei führende Gestalten, erklärte er, ragen aus dem Bilde von dem Versailles von 1871 hervor. Bismarck und sein königlicher Herr Wilhelm I. Dieser historischen Gestalten heute zu gedenken ist ein Gebot vaterländischer Pflicht. Durch diese beiden Persönlichkeiten ist die Einheit des deutschen Volkes verwirklicht worden.

Doch welch ein Unterschied zwischen damals und heute! Im gleichen Spiegelsaale von Versailles wurde uns 1919 jener Vertrag aufgezwungen, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Unvernunft nicht nur für unsere beispiellose Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind.

Und doch konnte die demütigende Szene vom 28. Juni 1919 dem Einigungswerk vom 18. Januar 1871 nichts anhaben. Das Band, das die Reichsgründung um das deutsche Volk geschlungen, war für das Ausland unzerreißbar. Erhobenen Hauptes dürfen wir daher trotz allem Widrigen der Gegenwart des Reichsgründungstages gedenken. Was schwer errungen, hatte in sich die Kraft des Bestandes. Die Einheit des Reiches überstand die Schrecknisse des Weltkrieges, das Elend des Zusammenbruchs, den Wandel von der Monarchie zur Republik, den Krieg im Frieden, den der Ruhrkampf bedeutete. Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiele stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben.

Der Reichsgründungstag mahnt alle Volksgenossen, zusammenzustehen in Brüderlichkeit und Einigkeit. Fort mit dem häßlichen Streit der Parteien, der unser ganzes Volksleben vergiftet.

Es muß möglich sein, eine neue Gemeinsamkeit herzustellen, die auch jene politischen Lager umfaßt, die sich heute als erbitterte Feinde gegenüberstehen. Die einzige Grundlage einer solchen Einigung aber kann nur die Nation sein. Diese Einigung geht in der Praxis heute schon sehr viel weiter, als man es aus den Schranken der Partei heraus sehen will. Ihr Ziel und ihr Wahrzeichen ist und bleibt die Freiheit und Gleichberechtigung der deutschen Nation. Von dieser Grundlage der nationalen Einigkeit aus werden sich auch die Probleme lösen lassen, die unser Verfassungsleben aufwirft.

Es ist ebenso verkehrt, die Verfassung von Weimar in Bausch und Bogen zu verwerfen, wie in ihr ein unveränderliches starres Idol zu sehen.

Organische Ausführung und Entwicklung der Verfassung ist die Aufgabe der politischen Kräfte. Es kommt weniger darauf an, einzelne Verfassungsbestimmungen zu ändern, als sie durch den Geist, in dem sie aufgeführt werden, den lebendigen Bedürfnissen des Staates und der Nation anzupassen. Unantastbar ist nur ihr Grundgedanke, die freie Mitarbeit und Selbstverantwortung eines jeden Staatsbürgers. Der Leidensweg des deutschen Volkes muß diesem eine dauernde Lehre sein, daß allein die eigene geschlossene Kraft ihm den Weg in die Zukunft bahnen kann.

Deutschland wird jetzt auf die Konferenzen von Lausanne und Genf gehen, um sein gutes Recht auf Freiheit und Gleichberechtigung mit anderen Völkern zu erringen. Die historische Bedeutung dieser Stunde verlangt es, daß jeder Deutsche den Reichskanzler und die übrigen Vertreter des deutschen Volkes, die in Lausanne und Genf seine Sache führen, bei ihrem beispiellos schweren Ringen unterstützt.

Vor dem Kampf um die höchsten Rechte des deutschen Volkes schweige der Parteienstreit. Wie oft hat unser alter verehrter Reichspräsident zur Einigkeit aufgerufen. Er, der den Reichsgründungstag im Spiegelsaal von Versailles miterlebte, weiht sich mit aufopferndster Pflichterfüllung und heroischer Treue der Einheit der Nation. Nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswerk zu vollbringen.

Nach der Rede des Reichsinnenministers spielte das Orchester das Deutschlandlied.

★

Weihestunde des Kyffhäuserbundes.

Berlin, 17. Januar.

Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser hielt heute mittag aus Anlaß des Reichsgründungstages eine Weihestunde im Sportpalast ab. Die Festrede hielt der Erste Präsident, General der Artillerie a. D. von Horn, der zunächst ein Begrüßungsschreiben des Ehrenpräsidenten des Bundes, des Reichspräsidenten von Hindenburg verlas. In seiner Ansprache erhob General von Horn gegen die Kriegsschuldlüge Einspruch und erklärte, es gelte, die Frage des nationalen Bestandes und der nationalen Sicherheit aus dem Streit der Parteien herauszuheben und alle Deutschen zu sammeln zur Lösung der gemeinsamen deutschen Aufgaben. Auch die Entschließung, die von der Versammlung einmütig angenommen wurde, wendet sich gegen die Kriegsschuldlüge und fordert gleiche Pflichten für alle, „also Abrüstung der andern im gleichen Umfange und nach gleicher Methode, wie sie uns aufgezwungen ist". Sie verlangt ferner gleiche Rechte für alle, also auch in der Sicherheits- und Wehrfrage. Keinem Staat dürfe gestattet sein, was Deutschland verboten ist.

An der Massenkundgebung nahmen u. a. auch der Reichsminister des Innern und Reichswehrminister Dr. Gröner, ferner General der Infanterie Hasse, Konteradmiral Heusinger, Reichsminister a. D. Dr. Geßler, Kriegsminister a. D. Scheuch, Generaloberst a. D. Heye und zahlreiche andere hohe Militärs teil.

wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatsgemeinschaft zu machen. **Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten habe, werde man ihm etwas geben.** Die effektive Möglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge werde erst dann in einen vernünftigen Zustand verwandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland mehr Gewinn bringe als das Beharren auf Verträge, deren Erfüllbarkeit sich als praktisch unmöglich erwiesen habe. Somit sei die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen Rehabilitierung des Volkes im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung eines Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und äußeren Entwertung unseres Volkes.

Auch aus diesen Erwägungen heraus müsse er daher einen Versuch ablehnen, der in der ganzen Art seiner Durchführung ein Beweis dafür zu sein scheine, daß man auf diesem Weg ein System zu retten gedenke, dessen Vernichtung die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation sei. Im übrigen sei es aber auch noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erscheine, jahrelang als Staatsfeinde verhöhnt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden, deren Werkführer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erstaunen der allzu Bevorzugten besäßen. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag ablehnen. Er bedauere nochmals, daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den die Mitkämpfer des großen Krieges als den Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden.

★

Die Antwort der Reichsregierung an Hitler folgt.

+ **Berlin**, 18. Januar.

Die von Hitler veröffentlichte „Denkschrift" ist dem Reichskanzler übermittelt worden. Die Reichsregierung wird nicht verfehlen, die darauf zu erteilende Antwort ebenfalls der Oeffentlichkeit bekanntzugeben.

Kleine Parteiabzeichen erlaubt.

(-) **Berlin**, 18. Januar.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident folgendes verordnet:

Vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im VIII. Teil, Kapitel 2 der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Nadeln, Rosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden. Diese Verordnung wird heute im Reichsanzeiger veröffentlicht und tritt von morgen ab in Kraft.

Die Frage der Bierpreissenkung.

— **Berlin**, 18. Januar.

Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Brauerbundes e. V. beschäftigte sich u. a. mit der Frage der Bierpreissenkung. Wie WTB-Handelsdienst dazu erfährt, war die Versammlung einstimmig der Auffassung, daß ohne eine fühlbare Senkung der Biersteuer eine Ermäßigung des Bierpreises nicht vorgenommen werden könne. Nur durch eine gleichzeitige Biersteuersenkung in einem Ausmaß, daß eine Verbilligung des Eindrittelliterglases um mindestens fünf Pfennige ermögliche, könne eine Wiederbelebung des Konsums erreicht werden. Eine Kommission wird morgen vormittag die Vorschläge des Reichskommissars für Preisüberwachung anhören.

Auf je 60000 oder 50000 Stimmen ein Mandat?

Besprechungen über den Termin der Preußenwahlen

CNB **Berlin**, 18. Januar.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, findet morgen eine Besprechung zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und Mitgliedern des preußischen Kabinetts über den Termin der Wahlen und die Durchführung der letzten Notverordnung bezüglich der Aenderung des Wahlquotienten statt. Bekanntlich sah die Notverordnung vor, daß in Zukunft auf 60 000 Stimmen ein Mandat entfällt gegen bisher auf 40 000. Die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß die Regierungsparteien bereit sind, sich auf einen Wahlquotienten von 50 000 Stimmen zu einigen. Ausschlaggebend scheint dabei die Ueberlegung, daß bei einer Stimmenzahl von 60 000 die Zahl der preußischen Abgeordneten so sehr vermindert würde, daß eine zweckmäßige Besetzung der Ausschüsse nicht mehr vorgenommen werden könnte. Als Wahltermin hält man innerhalb der Regierungsparteien den 8. Mai am geeignetsten. Das preußische Kabinett hat sich bisher mit dieser Frage noch nicht befaßt; aber es wird wohl, soweit wir unterrichtet sind, dem 8. Mai als Termin zustimmen.

Die Ablehnungsgründe Hitlers.

Die Denkschrift an den Reichskanzler.

+ **München**, 18. Januar.

Im Anschluß an die Verhandlungen der Reichsregierung wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten hat der Führer der NSDAP., Hitler, dem Reichskanzler eine Erklärung übergeben, die nunmehr durch die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht worden ist.

Hitler erinnert zunächst an seine Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und Staatssekretär Dr. Meißner, in welchen er seine Bedenken gegen die Absicht der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluß vorgebracht habe, und erklärt, seinen Bemühungen sei es gelungen, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen. Hitler betont, er sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers wegen der Reichspräsidentenwahl als möglich anzusehen sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt als auch auf Grund einer politischen Ueberprüfung. Ein Aufheben des Artikels 41 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident vom ganzen Volk gewählt wird, könne durch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages nur stattfinden, wenn grundsätzlich damit auch das Recht des Reichstages auf Absetzung festgelegt werde. Sollte trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen des Reichstages einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden,

dann müßte zumindest die Zusammensetzung des Reichstages den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes, so wie er im März 1932 sei, zum Ausdruck bringen. Da dies nachweisbar bei dem augenblicklich bestehenden Reichstag nicht der Fall sei, müßte zuerst der Reichstag neu gewählt werden.

Der Reichskanzler sei der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertrügen. Er, Hitler, könne mit wesentlich mehr Recht als Führer der größten Oppositionspartei erklären, daß das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu bestreiten vermöge, aus innerpolitischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch forderten. Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen als vielmehr in der innerpolitischen Zerstörung des Volkskörpers durch die das heutige System verkörpernden Parteien. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innerpolitische Ueberwindung der Zersetzungsarbeit, die Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befinde. Sollten Politiker in der endlich festgestellten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands einen eminenten Erfolg einer klug ausgelegten Politik erkennen können, dann bliebe höchstens die Stümperhaftigkeit zu bemerken, die zwölf Jahre lang bedurfte, um qualvoll zu vollziehen, was geschicktere Menschen (!) vielleicht schon in drei Jahren (!) hätten demonstrieren können. Es sei nicht einzusehen, wieso überhaupt innerpolitisch Wahlen von Schaden sein könnten. Hitler glaubt nicht, daß eine durch Tatsachen erzwungene Nichterfüllung vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem wirtschaftlichen Unvermögen des Schuldners politische Zweckmäßigkeiten für den Gläubiger sichtbar werden. Daß Deutschland heute nicht bezahlen könne, sei kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte Katastrophe. Die Tatsache nun, daß es gelungen sei, in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen (Deutschland gesund nach dem Weltkrieg?? Die Redaktion) vollständig zahlungsunfähig zu machen, sei keineswegs eine Garantie dafür, daß dann im 14. Jahr ein Wiederaufstieg beginne. Er verstehe daher nicht, wieso ausgerechnet die Parteien, die die ehrenvolle Entwicklung des alten Reiches politisch und wirtschaftlich jäh unterbrachen, heute an einer Kontinuität der politischen Führung hängen könnten. Man könne nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen hin vertreten werden könne, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seiner Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründe mit dem sonst drohenden Bolschewismus und in Paris mit dem ebenso schrecklichen Nationalismus, dann sei das für ihn als ebenfalls angezogenen Schrecken höchst ehrenvoll, für die deutsche Nation aber peinlich. Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz aus eigener Kraft seine Daseinsberechtigung schätze.

Er sehe daher in jedem Vorgang, der zur Ueberwindung des heutigen Systems führen könne, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands.

Er sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation

Blutige Unruhen in Bilbao.

Brandstifter am Werk.

:: **Bilbao**, 18. Januar.

Nach einer Kundgebung der Traditionalisten kam es gestern hier zu ernsten Zwischenfällen. Auf der Straße gerieten traditionalistische Elemente mit Republikanern zusammen und erstere machten von ihren Waffen Gebrauch. Vier junge Leute wurden getötet; sieben Personen, darunter ein Gendarm wurden verwundet. Die Volksmenge versuchte, in das Gebäude der Carlisten einzudringen. Kommunisten durchzogen während dieser Zeit unter dem Gesang der Internationale die Stadt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Zusammenstöße sind weitaus ernster gewesen, als sich nach den ersten Meldungen vermuten ließ. Das Versammlungslokal der Carlisten wurde nach den ersten Zusammenstößen von den sozialistischen und republikanischen Gruppen regelrecht belagert. Herbeigeeilte Zivilgarde und Militär gab mehrere Salven ab, um Schlimmeres zu verhüten. Gleichzeitig wurde die Polizei angegriffen, wobei zwei Beamte schwer verletzt wurden. Ein Versuch, die katholische Zeitung zu stürmen und in Brand zu stecken, wurde abgewehrt. Auf das Frauenkloster in Bilbao wurde ebenfalls ein Angriff unternommen. Die Angreifer wurden durch Schüsse vertrieben. Die sozialistische Arbeiterschaft beschloß einen 24stündigen Generalstreik. Die Erregung in der Bevölkerung von Bilbao ist außerordentlich groß.

★

Schutzmaßnahmen der Regierung.

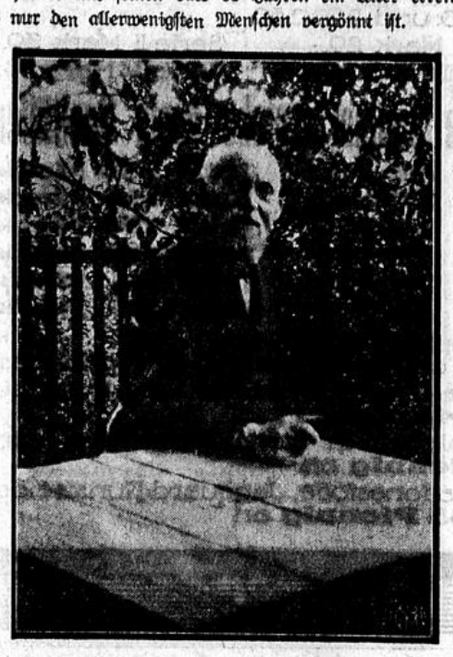
:: **Bilbao**, 18. Januar.

Wie Havas berichtet, hat die Regierung wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen Traditionalisten und Sozialisten in Bilbao strenge Schutzmaßnahmen angeordnet. Bisher sind 51 Personen verhaftet worden. Die Stadt wird militärisch bewacht. In Sagunto und anderen Städten der Provinz Valencia ist es zu ernsten Streikzwischenfällen gekommen. Aus Valencia sind Truppen nach Sagunto abgegangen.

Aus der Heimat.

Der älteste Bocholter †.

§ **Bocholt, 18. Januar.** Am Samstagabend ist der älteste Bürger Bocholts, der ehemalige Küfermeister Andreas Tychsen, im Alter von beinahe 94½ Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. So ist also der Wunsch, den wir gelegentlich seines 94. Geburtstages im vergangenen Jahre aussprachen, er möge das 100. Lebensjahr noch erreichen, leider nicht in Erfüllung gegangen. Immerhin hat er mit seinen bald 95 Jahren ein Alter erreicht, das nur den allerwenigsten Menschen vergönnt ist.



Andreas Tychsen wurde am 11. August 1837 in Tondern, das zurzeit seiner Geburt (ebenso wie heute) zu Dänemark gehörte, geboren. Im Kriege 1864 kämpfte er natürlich auf dänischer Seite gegen Preußen. Bei der Verteidigung der Düppeler Schanzen wurde er schwer verwundet; die Kugel saß bis zu seinem Lebensende in seiner Hüfte. Bis zu seinem 82. Lebensjahre hatte er als Küfermeister gearbeitet. Seit etwa 13 Jahren wohnte er im Hause Sachsenstraße 76 bei seiner Tochter, die den Spinnmeister Hermann Carstensen geheiratet hatte und schon vor einigen Jahren gestorben ist. Nun wird auch ihn nach einem langen Leben endlich die kühle Erde decken. Möge er ruhen in Frieden.

Städtisches Gymnasium und Realgymnasium.

= **Bocholt, 19. Jan.** Um schon früh eine Uebersicht über die Zahl der Sextaner im kommenden Schuljahr zu gewinnen, ist der Anmeldetermin auf den 25.—27. Januar, vormittags von 10—13 Uhr, festgesetzt. Meldepapiere: Geburtsurkunde, Impfschein und das letzte Schulzeugnis. Den Eltern wird empfohlen, diesen Termin innezuhalten. Eine Prüfung findet nur dann statt, wenn die Zahl der Anmeldungen die Höchstziffer der Sexta (50 Schüler) überschreitet. Bei der Frage, ob der Sohn der höheren Schule zugeführt werden soll oder nicht, möge nicht die augenblickliche wirtschaftliche Lage entscheidend sein, sondern die Hoffnung, daß nach 9 Jahren, nach denen die Neuaufgenommenen frühestens die Reifeprüfung ablegen und zur Hochschule gehen können, bessere Zeiten sein werden. — Meldungen für höhere Klassen sind jetzt auch schon erwünscht, werden aber auch noch während der Osterferien entgegengenommen.

Unfälle auf der Straße.

§ **Bocholt, 19. Januar.** Gestern vormittag wurde die 45jährige Frau N. aus der Rebenstraße von einem Radfahrer derart schwer angefahren, daß sie einen Oberschenkelbruch erlitt, der ihre Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. — Gestern nachmittag erlitt eine junge Dame in der Nobelstraße einen Schwindelanfall; sie stürzte gegen den Bordstein, wobei sie sich Verletzungen am Kopf zuzog. Sie wurde durch die Sanitätskolonne in die elterliche Wohnung gebracht.

Auch der Spediteur ist bei Maisschmuggel strafbar.

× **Bocholt, 19. Jan.** Der Spediteur K. aus Bocholt war vom hiesigen Amtsgericht wegen Maisschmuggels zu einer recht hohen Geldstrafe verurteilt worden. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt, die er damit begründete, daß er lediglich im Auftrage eines anderen gehandelt und das Geld für die Fuhren vom Auftraggeber zur Zahlung des Zolls erhalten habe. Er mußte sich jedoch von der Strafkammer belehren lassen, daß auch der Spediteur im Falle eines Schmuggels mitverantwortlich sei. Immerhin wurde die Geldstrafe auf 2500 Mark ermäßigt. Außerdem erhielt er zwei Wochen Haft, die jedoch durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Der Nordwall ist wieder passierbar.

§ **Bocholt, 19. Jan.** Unserer Anregung, den Nordwall vor dem Schwesternhaus, an welcher Stelle sich bei heftigen Regengüssen immer ein kleiner See zu bilden pflegte, mit einigen Fuhren Kesselasche auszubessern, ist man jetzt nachgekommen. Die zuständige Stelle darf des Dankes all derer, die die genannten Straße häufig passieren müssen, gewiß sein.

Dingden.

= **Versammlung der Landwirtschaftl. Verwertungsgenossenschaft.** Morgen (Mittwoch) nachmittag um 5 Uhr findet im Lokale Wilhelm Kösters eine Versammlung der Landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaft Haldern-Ringenberg-Dingden statt, auf die die Mitglieder aufmerksam gemacht werden.

Krechting.

§ **Tragisches Geschick.** Die Familie des Lohnbuchhalters Bernhard Schilling von hier wurde von einem tragischen Geschick ereilt. Nachdem ein vierjähriges Kind vor etwa fünf Wochen in das Bocholter Krankenhaus eingeliefert wurde, wo es sich heute noch befindet, mußte am Samstagmittag die Ehefrau wegen Mittelohrentzündung ins Rheder Krankenhaus gebracht werden. In der Nacht zum Sonntag mußte sich Sch. selbst einer Operation unterziehen, an deren Folgen er am Sonntagnachmittag gestorben ist. Sch. stand im 39. Lebensjahr und hinterläßt eine kranke Witwe und drei unmündige Kinder. Der Familie des Verstorbenen, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute, wird man in der ganzen Gemeinde und darüber hinaus herzliche Teilnahme entgegenbringen.

Die „Deutsche Stunde" im Paulusheim.

Veranstaltet vom Kreiskriegerverband Bocholt.

§ **Bocholt, 18. Januar.**

Auf Veranlassung des Kyffhäuserbundes veranstaltete der Kreiskriegerverband Bocholt am Sonntag im Arbeiterheim St. Paulus eine sogenannte „Deutsche Stunde". Erster Anlaß der Veranstaltung war die bevorstehende Abrüstungskonferenz, dann aber auch galt es, der 61. Wiederkehr des Tages der Gründung des Deutschen Reiches zu gedenken. So zahlreich hatten sich die Interessenten eingefunden, daß der große Saal beinahe ganz besetzt war. Auf der Bühne hatte man eine Büste des Reichspräsidenten, umgeben von Blattpflanzen und den Fahnen und Standarten der Kriegervereine der Stadt Bocholt, in geschmackvoller Weise aufgebaut.

Die Veranstaltung wurde eröffnet durch den Marsch „Alte Kameraden", den die Kriegerkapelle unter Leitung von Wilh. Langheinrich sen. schneidig in den Saal schmetterte. Es folgte das „Deutsche Lied", vom Quartettverein unter Leitung von W. Spickermann tadellos vorgetragen. Nach dem Gedicht „An Deutschland", von Frau Büdding gut gesprochen, hieß der Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes Bocholt, Herr Kruchen, die Erschienenen herzlich willkommen. Dann skizzierte er kurz den Kyffhäusergeist, der auf den Grundpfeilern Vaterland, Religion, Sitte, Heimat und Kameradschaft aufgebaut sei. Sodann erhoben sich die Anwesenden zu Ehren der gefallenen Kameraden, während die Kapelle das Lied vom guten Kameraden verhalten spielte.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein

Vortrag des Oberingenieurs Bellwinkel

über die Abrüstungsfrage. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß der Redner in durchaus sachlicher Weise zu dem Thema Stellung nahm, so daß man seinen Ausführungen, die bei den Anwesenden offensichtlich nachhaltigen Eindruck hinterließen, im großen und ganzen zustimmen konnte. Besonders erfüllt es uns mit Genugtuung, aus dem Munde des Redners zu vernehmen, daß die deutschen Unterhändler sowohl die Waffenstillstandsbedingungen wie auch das Versailler Diktat unterzeichnen mußten, d. h. auf gut Deutsch, daß ihnen nichts anderes übrig blieb. Wenn diese Erkenntnis Gemeingut des ganzen deutschen Volkes würde, dann dürfte ein gut Teil der inneren Zwietracht unseres Volkes weggeräumt werden. Nicht minder erfüllt es uns mit Befriedigung, daß der Redner am Schluß seines Vortrages die Hoffnung von der Wiederwahl des Reichspräsidenten aussprach. Wir möchten nur wünschen, daß sich diese Hoffnung erfüllen möge . . .

Aus dem Vortrag entnehmen wir folgendes: In Tausenden von Versammlungen des Kyffhäuserbundes wird heute die Kriegsschuldfrage und auch die Abrüstungsfrage erörtert werden. Wie steht es nun mit der Abrüstung? Daß wir abgerüstet sind, weiß jeder. Daß wir aber von ehemaligen Feinden umgeben sind, die bis an die Zähne gerüstet sind, ist nicht allen bekannt. Unsere Gegner klammern sich an die 14 Punkte Wilsons, besonders an den Punkt 4, der die Erwartung ausspricht, daß nach dem Blutvergießen eine Einschränkung der Rüstungen erfolgen müsse. Die Abrüstung aber hat sich bis jetzt nur auf Deutschland erstreckt. Dahin ist das ehemalige stolze deutsche Heer, dessen Zusammenbruch in erster Linie durch den furchtbaren Hungerkrieg erfolgte, dann aber auch durch politische Wirren im Innern unseres Landes, die den Kampfgeist zersetzten. Vom Waffenstillstand (dessen furchtbare Bedingungen der Redner kurz skizzierte) versprachen sich viele Gutes, da ja jeder den Krieg leid war. Da uns nichts anderes übrig blieb, mußten wir die Waffenstillstandsbedingungen unterschreiben und das Friedensdiktat von Versailles annehmen. Es hieß eben bei uns: „Vogel friß oder stirb!" In Versailles wurde dann unsere Rüstung restlos beseitigt, so daß wir einfach gar nichts mehr hatten. Fabriken und Maschinen, die zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendet wurden, mußten zerstört werden, fast alle Befestigungen mußten geschleift werden. Bis zu einer Entfernung von 50 Klm. östlich des Rheins darf kein deutsches Militär stehen — Deutschland war vollständig entwaffnet.

Dagegen haben die ehemaligen Feinde bis heute nicht abgerüstet, sondern sogar aufgerüstet. Obwohl die Mitglieder des Völkerbundes die Verpflichtung zur Abrüstung eingingen, obwohl verschiedene Staatsmänner der Gegner (Lloyd George, der Franzose Paul Boncour, der belgische Minister Vandervelde, der englische Minister Henderson u. a.) gelegentlich auf diese Verpflichtung hingewiesen haben. Und auch Brüning hat im Oktober vorigen Jahres die einseitige Abrüstung des deutschen Volkes als einen unerträglichen Zustand bezeichnet.

Einige Zahlen

mögen die Rüstungen unserer Nachbarn illustrieren. Frankreich hat heute ein stehendes Heer von 612 000 Mann (also beinahe so viel wie vor dem Kriege!); im Kriegsfalle sind die Franzosen in der Lage, etwa 4,5 Millionen Mann aufzustellen. Polen, das als französischer Vasallenstaat Offiziere und Gelder aus Frankreich bezieht, hat ein stehendes Heer von 266 000 Mann, das im Kriegsfalle auf 3,2 Millionen gebracht wird. Selbst die Tschechoslowakei weist ein stehendes Heer von 140 000 Mann und eine Kriegsstärke von 1 Million auf. Sogar Rußland, der „demokratischste" Staat Europas, ist bis an die Zähne bewaffnet (Friedensstärke 1,2 Millionen, Kriegsstärke 6,5 Millionen, 1700 Kriegsflugzeuge).

Demgegenüber hat Deutschland nur die 100 000 Mann Reichswehr (einschließlich Offiziere), keine Reserve, keine schweren Geschütze, keine Tanks, keine Kriegsflugzeuge, aber — 288 leichte Geschütze, eine lächerlich geringe Zahl! Die Wehrverbände, vor denen man in Frankreich so große Angst hat, können nach dem Ausspruch Gröners gegen einen ausgebildeten Feind nichts erreichen.

Während Deutschland im Ernstfalle gegen Frankreich auf durchschnittlich zehn Kilometer seiner Grenze (Strecke Bocholt — Dingden) nur 243 Mann mit zwei leichten Maschinengewehren aufstellen kann, kann Frankreich ebenfalls auf 10 Klm. Landesgrenze mit 69 000 Mann, 48 Kanonen und 540 Maschinengewehren aufwarten! Frankreich ist eben 50 mal so stark gerüstet wie Deutschland.

Angesichts dieser Tatsache mutet einen das Geschrei der Franzosen nach „Sicherheit" einfach lächerlich an. Und dabei sind wir den Franzosen bis dort hinaus entgegen gekommen! Der Vertrag von Locarno und der Kelloggpakt haben auf dem Gebiet der Abrüstung nichts erreicht. Was für die Rüstungen zu Lande gilt, gilt ähnlich für die Rüstungen zur See.

Unsere Delegierten, die im Februar zur Abrüstungskonferenz gehen, werden auf all dieses hinweisen müssen. Sie werden klipp und klar erklären müssen, daß auf dem Gebiet der Abrüstung bei den Gegnern bisher nichts geschehen ist. Hindenburg hat in seiner Neujahrsbotschaft ausgesprochen, wie es mit der Abrüstung aussieht. Können wir die Hoffnung haben, daß seine Worte gebührend gewürdigt werden? Noch können wir hoffen, wenn auch unsere Hoffnung gering ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Redner kurz auf die 61. Wiederkehr des Gründungstages des Deutschen Reiches ein, dessen Führer der allverehrte Reichspräsident von Hindenburg sei. Als er gewählt worden sei, sei nur die größere Hälfte des deutschen Volkes für ihn gewesen. Heute aber stehe alles (mit Ausnahm der Kommunisten) restlos hinter ihm (?). Die alten Soldaten verehrten in Hindenburg nicht nur den Reichspräsidenten, sondern auch den Generalfeldmarschall, den Soldaten und Kameraden. Seine Wiederwahl durch Volkswahl werde gewiß gelingen werden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Vaterland und Hindenburg schloß der Redner seine Ausführungen. Stehend wurde sodann die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wechselten abermals Marschklänge, Lieder und Gedichte miteinander ab. Mit dem gemeinschaftlichen Lied „Deutsches Bittgebet", das mit Orgelbegleitung durch den weiten Saal erbrauste, fand die erhebende Feierstunde einen ergreifenden Abschluß.

Bei der Spielschar des Bocholter Gesellenvereins.

× **Bocholt, 19. Januar.**

Die Kolpingsfamilie Bocholts hatte seit Wochen mit steigender Spannung die Erstaufführung von „Jans Schnorkebühl" erwartet. Am Sonntagvormittag war das Haus schon ausverkauft. Hunderte mußten am Abend wieder den Heimgang antreten, da sie keinen Einlaß finden konnten. Die hochgespannten Erwartungen wurden erfüllt. Es war eine Rekordleistung der Spielschar und der Theaterregie. An den Bühnenmeister stellte das Stück hohe Anforderungen, die große Bühne des Gesellenhaussaales schien zu klein zu werden. Der Platz vor Schnorkebühls Haus, der Bunte Abend zum Abschluß der Handwerkswerbewoche, die Modeschau im Caféraum des Kaufhauses Wollblech gaben den geschmackvollen Hintergrund für die einzelnen Akte ab. Eine Volksszene löste die andere ab, und ein Coup jagte den anderen. Bei den Massenszenen hätte man gewünscht, daß die vielen Statisten innerlich besser dabei gewesen wären. Die Vereinsbühne legt durchweg zu wenig Wert auf eine technisch durchgeprobte Massenszene. Zur Entschuldigung muß allerdings gesagt werden, daß bei diesem Stück die Statisten allzu sehr versucht waren, mehr als Zuschauer denn als Spieler dem Spiel der Hauptdarsteller zu folgen.

Die komische Figur eines Jans Schnorkebühl und seiner besseren Ehehälfte, der Libbet, werden auf Tage und Wochen noch den Zuschauern in froher Erinnerung bleiben. Eine schwierige Rolle hatte der Lehrling beim Schuhmachermeister Süggel. Abgesehen von dem gesanglichen Teil holte Fritze heraus, soviel er konnte. Seine Rede vor dem Mikrophon des Westdeutschen Rundfunks war ein Meisterstück. Mancher Radiofreund wird bei dem „Bunten Abend" anläßlich der Werbewoche mehr Freude gehabt haben als bei vielen lustigen Abenden des Senders Langenberg. Der volkstümlichen Witze, der komischen Tragik und der tragischen Komik enthält das Stück zu viel, als daß sie hier die gebührende Würdigung fänden. Man muß „Jans Schnorkebühl" selbst gesehen und gehört haben.

Das Stück, das den Untertitel „Handwerk heraus" trägt, wird manchem Handwerker und Geschäftsmann aus der Seele geschrieben sein. Es würde sich lohnen, den zweiten Akt als eine Werbeaktion für unser Bocholter Handwerk gesondert durchzuarbeiten und vom Kolpingsverein mit Kolpingsgeist zu füllen. In unserer wirtschaftlichen Notzeit würde das Handwerk dadurch mehr gewinnen können als von einer speziellen Handwerkerausstellung. „Ein froher Mut ist mehr wert als Geld und Gut", so äußerte sich mit dem Volksmunde am Schluß ein alter Theaterfreund. Und damit ist der Kern des Stückes auch am besten herausgestellt. Einen frohen Mut, ein Herz voller Freude will „Jans Schnorkebühl" allen Zuschauern bescheren. So hilft uns der Schnorkebühl und die Schnorkebühlsche für einige Stunden die Sorge verscheuchen, den schweren Alltag vergessen. Der Spielschar rufen wir zu, mit „Treu Kolping!" so weiter geschafft!

Das Rheder Volkstanzfest.

So treibt man praktische Heimatpflege.

gv. **Rhede, 18. Januar.**

Während jeder Winter der sogenannten mondänen europäischen Gesellschaft einen oder mehrere neue Modetänze, die oft recht zweifelhaften Wert haben, beschert, sind kleinere und größere Vereinigungen rüstig am Wert, alte Volkstänze auszugraben, zu beleben und zu kultivieren. Das ist ein äußerst lobenswertes Beginnen. Hilft man doch so mit, die Tanzbegeisterung, die zeitweise schon mehr an Tanzwut grenzte, die aber immer noch die Welt beherrscht, zur Heranbildung einer volkstümlichen Tanzkultur fruchtbar zu machen. In Bocholt besteht nun schon seit vier Jahren unter der Leitung von Fräulein Maria Stein ein Volkstanzkreis, der auch führend auf diesem Gebiete ist und am Sonntag zum ersten Mal in Rhede im Vereinshaus St. Josef auftrat. Während die Nachmittagsveranstaltung nicht so stark besucht war, konnte man abends feststellen, daß der Saal fast überfüllt war. Die Anwesenden sollten nicht enttäuscht werden. Mit einem frisch-fröhlichen Lied begannen die Tänzerinnen und Tänzer ihr Programm, das 14 Nummern aufwies. In bunter Folge wurden alte und neue Volkstänze mit frohen Volksliedern dargeboten. So z. B. Tänze aus der Mark, wie die Märkische Viertour, Schwingkehr, Konter-Masurka, der Geestländer Tanz „Hanaks" und die Geestländer Quadrille. Sehr gefiel auch die beliebte Annenpolka mit der Musik von Joh. Strauß. Der „Rüpeltanz" für zwei Burschen zeigte in seiner Derbheit viel urwüchsige Momente. Unschwer konnte der Laie erkennen, daß die meisten der vorgeführten Tänze nicht so ganz einfach sind und allerlei Konzentrationsfähigkeit der Tanzenden erfordern. Am Schluß der Vorführung dankte der Präses Dr. Schöne allen Mitgliedern des Volkstanzkreises und besonders der Leiterin M. Stein für die Darbietungen. Die Vorführungen hätten sicherlich Zeugnis dafür gegeben, daß es auch noch eine Jugend gibt, die reine, edle Freude kennt und darum bemüht ist, altes Volksgut, Heimatgut zu pflegen und vor dem Aussterben zu bewahren. Jeder, der die Heimat liebe, könne nur wünschen, daß noch des öfteren ein derartiger Volksunterhaltungsabend gegeben werden möge. Dieses wurde auch seitens der Leiterin zugesagt. Zum Schluß wurde von den Anwesenden ein sogenannter „Rheder Konterdanz" aufgeführt.

Rhede.

gv. **Beinahe . . .** In der Nacht zum Montag wäre beinahe ein Unglück geschehen. Ein Autolenker, der vermutlich die Gegend nicht kannte, wollte den Eisenbahndamm dort überqueren, wo nur ein Fußweg von Bünings Fabrik zur Molkerei führt. Infolge irgendeines Fehlers saß er mit seinem Auto zwischen den Schienen fest. Plötzlich kam der planmäßig um 24,09 Uhr eintreffende Personenzug vom Bahnhof Rhede herangefahren. Der Wagenführer lief dem Zuge entgegen, sein Rufen konnte vom Zugpersonal aber nicht gehört werden. Zum Glück erkannte der Lokomotivführer die Situation und brachte den Zug kurz vor dem Hindernis zum Stehen.

Vom Niederrhein.

Isselburg.

i. **Zur Einführung des neuen Pfarrers.** Am kommenden Sonntag, gleich nach dem Hochamt, findet im Lokale Bortes am Markt eine Versammlung und Besprechung aller Teilnehmer des Radfahrzuges gelegentlich der Einführung des neuen Herrn Pfarrers statt. Die Teilnehmer des Reiterzuges halten zu gleicher Zeit ihre Beratung im Lokale Fritz Bortes (Kirchstraße) ab. Es ist zu hoffen, daß sich recht viele Radfahrer und Reiter an dem Zuge beteiligen und dem neuen Pfarrer, wie bisher üblich, das Geleite geben.

h. **Vortrag über die Geschichte Isselburgs.** Jugend-, Jungmänner- und Gesellenverein haben am Mittwochabend ihren monatlichen Vortragsabend. Hauptlehrer Leenen wird einen Vortrag über die Geschichte Isselburgs halten.

Wertherbruch.

— **Mehr Licht!** Seit einiger Zeit ist das elektrische Licht, namentlich in den ersten Stunden nach eingetretener Dunkelheit, derart schlecht, daß die Ortseingesessenen kaum ihrer Arbeit nachgehen können. Obwohl dieser unhaltbare Zustand dem R. W. E. längst bekannt ist, erfolgt keine Abhilfe. Es wäre endlich an der Zeit, daß die Stromabnehmer brauchbaren Strom erhalten.

Lotkum.

u. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum Sonntag wurde in der Wirtschaft Großbölting eingebrochen. Die Diebe zertrümmerten das Fenster an der Kirchenseite und drangen in die Wirtschaft ein. Hierbei fiel ein großer Blumentopf zur Erde, was aber von den im Nebenraum Schlafenden nicht gehört wurde. Nachdem die Diebe sich schon alles bereit gemacht hatten, sind sie offenbar gestört worden und mußten ohne Beute wieder abziehen. Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß in dieser schlimmen Zeit die Unsicherheit auf dem Lande immer mehr zunimmt. Es kann nicht dringend genug empfohlen werden, sich einen guten Wachhund in die Wohnräume zu nehmen.

Turnen / Sport / Spiel

Tabelle der 1. Bezirksklasse.

Rheingold Emmerich	10	9	0	1	47:14	18
Emmerich 09	10	6	2	2	29:22	14
Dinslaken 09	10	6	0	4	27:17	12
Olympia Bocholt	9	5	0	4	21:19	10
Weseler Spielver.	9	4	2	3	22:17	10
Bocholt 1926	9	3	2	4	21:30	8
Büderich	9	3	0	6	9:18	6
Viktoria Wesel	10	2	2	6	15:28	6
Isselburg	10	0	2	8	13:39	2

Sport- und Spielverein Rhede.

Ab heute (Dienstag) findet wieder regelmäßig das Saaltraining im Saale des Herrn Franz Rösing statt. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.

Turnverein Phönix.

Mit der Verpflichtung der spielstarken Olympia-Reserve hatte die Vereinsleitung einen guten Griff getan. Man bekam ein jederzeit spannendes und faires Spiel zu sehen. Phönix spielte in der ersten Hälfte mit dem Wind; man nutzte aber dieses nicht aus und überließ dem Gast zunächst das Kommando. Nachdem Phönix nacheinander zwei totsichere Sachen vermasselt hat, zieht Olympia vor Phönix' Tor. Noch einmal geht auch hier die Gefahr vorüber, da der Rechtsaußen zwei Meter vor dem Tor haushoch übers Tor knallt. Dann läßt Phönix' Torwart einen schon gefaßten Ball fallen und im Nachschuß schießt Olympia zum 1:0 ein, um bis zur Pause noch ein weiteres Tor vorzulegen. Nach der Pause hat die Phönix-Elf ihre Befangenheit abgelegt und führt nun, merkwürdigerweise gegen den Wind, ein überlegenes Spiel vor. Aber Olympias Torwart war in guter Verfassung und ließ nur ein durch einen schönen Alleingang des Mittelstürmers erzieltes Tor zu. Alle Bemühungen um den Ausgleich blieben erfolglos. Kurz vor Schluß erzielt Olympia noch ein billiges Tor. In der Meinung, der Ball gehe vorbei, sieht der Torwart tatenlos zu, bis er den vom Winde abgetriebenen Ball an der Innenkante des Pfostens sieht, von wo aus er ins Tor springt. — Die Mannschaften waren sich fast gleichwertig, doch hatte Olympia namentlich in der ersten Hälfte den besseren Spielaufbau.

Die 2. Mannschaft konnte sich gegen die Leute vom Isselburger Spielverein, die mit einer starken Besetzung erschienen waren, nicht durchsetzen und mußte das Spiel, allerdings zu hoch, mit 1:6 verlieren. — Auch die 2. Jugend mußte von Olympias 3. Jugend eine knappe 0:1-Niederlage hinnehmen.

*

7. Stiftungsfest des Turnvereins Rhede.

Am Sonntag feierte der Turnverein Rhede sein 7. Stiftungsfest. Der Saal war äußerst stark besetzt. Nachdem die Turner unter den Klängen des Rheder Instrumentalvereins aufmarschiert waren, hielt der Vorsitzende Betrh. Große-Venhaus eine Ansprache, in der er die Anwesenden, insbesondere die Ehrengäste, den Vorstand des Sport- und Spielvereins, des Radfahrervereins „Central" und sonstige Freunde und Gönner begrüßte. Der heutige Tag solle der Oeffentlichkeit den hohen idealen Wert der Körpertüchtigung und Leibesübungen vor Augen führen. Es sei nicht das höchste Ziel des Vereins, eine Elitetruppe vorzuführen, sondern gesunde und starke Menschen heranzubilden. Jeder sei willkommen, der Gesundheit, frische Luft, den grünen Rasen, Gottes freie Natur, die Jugend und den Frohsinn liebe. Nach einem gemeinschaftlichen Turnerliede und einem Fahnenreigen folgten Freiübungen und Gymnastik der Schüler und Barrenturnen der Jugendriegen. Gute Leistungen führten alle Abteilungen, besonders die erste Riege vor. Viel Beifall erntete auch das Bodenturnen, das reich an humorvollen Momenten war. Das Pferdturnen zeigte exakt ausgeführtes Können. Den Gipfel der Leistungen erreichte man am Reck. Den Schluß bildeten „Lebende Bilder", wie Kugelstoßen, Speerwerfen u. a. m. Mit einem gemütlichen Tanzkränzchen wurde das Fest beschlossen.

Verantwortlich für den Inhalt: Für Politik Chefredakteur Dr. Meier für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schuhmacher für Handel und Sport Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Bernhard Kupis, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Hüsner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & P. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Hüser, Bocholt. Druck: „Ems" G. m. b. H. Münster i. W.

Statt jeder besonderen Anzeige.

„Herr, dein Wille geschehe,
Und tut's auch noch so wehe."

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 5 Uhr meinen lieben Mann, unsern herzensguten, treusorgenden Vater, meinen lieben Sohn und Bruder, unsern Schwager und Onkel, den Herrn

Kaufmann Bernhard Schulting

nach kurzem, aber schwerem Leiden, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von beinahe 39 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Die trauernden Angehörigen.

Krechting bei Rhede und Weilerswist, den 17. Januar 1932. (369

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 21. Januar 1932, morgens 9 Uhr, vom St. Vinzenz-Krankenhause in Rhede aus, anschließend daran die Exequien, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Am Sonntag, dem 17. Januar, verschied, nachdem er noch bis zur letzten Stunde am Samstag bei uns ausgehalten hatte, nach einer plötzlich auftretenden Krankheit, der Lohnbuchhalter 3736

Herr Bernhard Schülting.

Wir verlieren in ihm einen lieben Mitarbeiter, dessen wir uns stets gern erinnern werden.

Firma Johann Borgers A.-G.

Nachruf.

Unser lieber Arbeitskollege, der Lohnbuchhalter

Herr Bernhard Schülting

ist plötzlich und unerwartet am Sonntag, dem 17. Januar, aus diesem Leben geschieden. Durch sein stets sehr zuvorkommendes und freundliches Wesen hat er sich ein dauerndes Andenken bei uns gesichert. 3728

Die Angestellten und Arbeiter der Firma Johann Borgers A.-G.

Nachruf.

Am Sonntag verschied plötzlich und unerwartet unser Mitglied

Bernhard Schülting

Mit tiefer Trauer erfüllt bedauern wir das Hinscheiden dieses Sportsmannes. Für seine hervorragende Mitarbeit im Spielausschuß schulden wir dem Verstorbenen aufrichtigen Dank.

In unserem Herzen wird das Bild des treuen Freundes in dankbarer Verehrung allzeit fortleben.

Die Mitglieder des Vereins treffen sich Donnerstag, 8¼ Uhr, am Vereinslokal und rege Teilnahme erwartet (362e

Sport- u. Spielverein Rhede e. V.

Die Beerdigung

des verstorbenen (354b

Herrn Andreas Tychsen

find. statt, heute (Dienstagmittag) 1½ Uhr, vom Sterbehause (Sachsenstr. 76) aus.

---

†

Das Jahresseelenamt
für den verstorbenen [76b
Herrn Wilh. Kampshoff
findet statt, am Mittwoch dem 20. Jan., morgens 8½ Uhr, in der St. Georgiuskirche, wozu frdl. eingeladen wird.

Mehrere Ladenlokale

terstraße 1 und 3 zu vermieten.

Auskunft erteilt: **Otto Hüskamp,** Bauunternehmer, Bahnhofstraße. [370b

---

Kriegerverein Rhede.

Unser Kamerad

Bernh. Schülting,

aus Krechting ist gestorben.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Beerdigung findet statt am Donnerstag morgen 9 Uhr, wozu die Mitglieder dringend eingeladen werden. (361b

Der Vorstand.

Ein älteres

Mädchen

für alle Hausarbeit, das auch kochen kann, zum 1. Februar gesucht. (367b

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Braves, kath., kräft.

Mädchen

welches mit allen Hausarbeiten vertraut ist zum 1. 2. gesucht. Vorstellungen nachmittags erb

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

---

†

In Orden
Frau Höffer
ist gestorben. (785

Rechtsberatung, Hypotheken, Darlehen, (365b
Grundstücksverkehr

Köster,

Bocholt, Hermannstr. 1b

---

4 Zimmerwohnung

(1. Etage), nebst Waschküche u. Nebenraum in Rhede zu vermiet Näheres bei: (74b

Jos. Heinrichs.

Angestellter, ruhiger Mieter, sucht zum 1. März oder später

4-5 Zimmerwohnung

Offerten erbeten unt. Nr. 75 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

---

1 Zimmer

mit 2 Betten an Herren oder Damen **zu vermieten.**

Offerten erbeten unt. Nr. 371 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

3—5 Zimmerwohnung

in besserem Hause von kleiner Familie (3 Personen) zum 1. 4. oder 1. 5. ges. Angebote erbeten unt. Nr. 77 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mutter! Dein Kind
braucht den **vitaminreichen**
Lebertran [363b
wenn es gesund und kräftig werden soll. Denn Lebertran u Lebertran-Emulsion sind hervorragende, knochenbildende Nähr- und Kräftigungsmittel, die den Appetit anregen und die Verdauung fördern. [263e

Feinster Dorsch-Lebertran Fl. 0.85, 1.40
Lebertran-Emulsion . . gr. Fl. 1.75, 2.00

Erhältlich nur in der (Ruf 3328)

Drogerie Maaß, Osterstraße 22.

Wenn

Sie Ihre Wohnung jetzt schon Instand setzen, sparen Sie viel Geld.

Im Tapeten-Sonderverkauf

bei Tapetenkönig finden Sie die schönsten und geschmackvollsten Muster zu äußerst niedrigen Preisen. [359e

Besichtigen Sie unverbindlichst mein Lager.

Tapetenkönig

Neustraße. 19

Billigste Einkaufsquelle für Tapeten, Oele, Lacke u. Farben.



Patentamtlich geschützt D. R. G. M. 1 183 792. Angemeldet in allen Kulturstaaten. Nachahmung verboten.

Die neue Erfindung!

Der Federator im Dienste der Bettfedern-Reinigung.

Ein konzentriertes Verfahren zur Reinigung, Desinfektion, Entmottung und Auffärbung von Bettfedern. — Mit dieser neuen Erfindung vollbringen wir Leistungen, die von jeder Hausfrau freudig begrüßt und anerkannt werden.

Besichtigung gern gestattet.

Verlangen Sie bitte kostenlos und franko unsere Federator-Sckrift mit ausführlicher Beschreibung.

Bettenhaus Fisser,
Nordstraße. (360e

Jeder Teppich am Niederrhein muß von Zaudy aus Wesel sein

Mehrere 100 Teppiche und Vorlagen zu

Inventur-Ausverkaufs-Preisen

Größe 200/300 und 250/350
Serie I Mark 29.- Serie II Mark 39.-
Serie III Mark 49.- Serie IV Mark 59.-

Circa 35 große Zimmerteppiche beste Qualitäten

früher 490 Mark **Jetzt 250 Mark**
früher 330 Mark **Jetzt 150 Mark**
früher 246 Mark **Jetzt 150 Mark**
früher 232 Mark **Jetzt 140 Mark**
früher 128 Mark **Jetzt 84 Mark**
früher 89 Mark **Jetzt 59 Mark**

Ia Teppich-Velour-Reste
früher ca. 15 Mk. **Jetzt 6.50 Mk.** p. Meter
Am Lager sind noch Boucle-Läufer zu **1.68 Mark** per Meter
Riesenlager in Store-Meterware von **65 Pfennig** an
Dekorationsstoffe, Jacquard-Kunstseide von **85 Pfennig** an

Städtisches Gymnasium und Realgymnasium, Bocholt.

Anmeldungen für die Sexta nimmt der Unterzeichnete von Montag, den 25. bis Mittwoch, den 27. ds. M., von 10—13 Uhr, in seinem Amtszimmer entgegen. Einzureichen sind: Geburtsurkunde, Impfschein und das letzte Schulzeugnis. (358b

Sommer, Oberstudiendirektor.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital für 1931.

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen

1. die seit dem 1. April 1931 in Gemeinden, die nicht die Bemessung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme beschlossen haben, oder in Gutsbezirken Betriebsstätten unterhalten haben, falls das Gewerbekapital am 1. 1. 1931 oder an dem in das Kalenderjahr 1930 fallenden letzten Abschlußtag — bei Neugründungen nach dem 1. 1. 1931, am Tage der Gründung — den Betrag von 3000 RM. überstiegen hat;
2. für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks Muster Gew. 37 sowie Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen preußischen Gemeinden einschließlich Muster Gew. 38 **in der Zeit vom 18. bis zum 30. Januar 1932** bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist. (196

Vordrucke für die Steuererklärung können vom 18. Januar ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Rhede, den 15. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Veranlagungsbezirk Rhede:
gez. Dörner, Bürgermeister.

Oeffentliche Steuermahnung.

Diejenigen Steuerpflichtigen, die mit der Zahlung der **Grundvermögensteuer einschließlich Zuschläge und Hauszinssteuer** für den **Monat Januar ds. Js.**, im Rückstande sind, werden hierdurch ersucht, diese Rückstände **innerhalb 3 Tagen** zu entrichten, andernfalls sie im Wege des Verwaltungszwangsverfahren eingezogen werden. (357

Diese öffentliche Mahnung trit an die Stelle der Einzelmahnung durch Mahnzettel.

Rhede, den 17. Januar 1932.

Die Gemeindehebestelle als Vollstreckungsbehörde:
Kammann.

Größeres Ladenlokal

möglichst mit Wohnung, in guter Lage, von solventer Firma gesucht. Angebote mit Preis u. Größe erbet unt. Nr. 366 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Das tolle Lachschlager-Programm

im

Capitol-Theater

Heute (Dienstag), Mittwoch, Donnerstag
muß jeder gesehen haben!

Ein **neuer Film** zum Tränen lachen mit den beiden **lustigen Vagabunden**



Pat u. Patachon als Kunstschützen

Diese beiden urkomischen Heiden als Artisten auf der Varietebühne, da bleibt kein Auge trocken, da gibt es Lachsalve auf Lachsalve vom ersten bis zum letzten Bild.

Ueberaus lustig und humorvoll ist der

Ton- und Sprechfilm



Schneider Wibbel.

In dieser amüsanten Volkskomödie mit **Paul Henkels** in der Titelrolle, gedeiht ein echter bodenständiger würziger Humor, der zugleich harmlos und schlagkräftig ist und ausklingt in einer endlosen Kette **herzlichen Lachens.**

Aus der Besetzung: **Wolfgang Zilzer, Thea Grondy, Ferdinand Hard, Hugo Fischer Köppe u. a. m.**

Im Beiprogramm:
Lustspiel und Lehrfilm.

Geöffnet: Wochentags von 5 Uhr und Sonntags von 2 Uhr an — 269e